

Abg. D. v. Mayer: Ich kann mit dem Vorschlage nicht einverstanden sein; er scheint auf der einen Seite zu weit zu gehen, und auf der andern Seite dem bei §. 3 gefaßten Beschlusse zu widersprechen. Es kann nämlich die Wechselclausel in jeder der verschiedenen Formen angewendet werden, welche nach §. 3 von der Kammer bereits genehmigt worden sind; es kann daher 1) eine Zahlung nach Wechselrecht oder bei Wechselhaft versprochen, oder es kann 2) wegen einer Zahlung den Bestimmungen des Wechselrechts oder der Wechselordnung sich unterwerfen, oder es kann 3) erklärt werden, daß der ganze Contract als Wechsel gelten solle. In allen erstgenannten Fällen kann nicht anders die Wechselhaft vollstreckt werden, als nur wegen solcher Zahlungen, wegen welcher die Wechselclausel wirklich gebraucht und ausgesprochen worden ist. Wenn in einem Documente also drei oder vier Zahlungen versprochen sind, so ist es Schuldigkeit des Ausstellers, darin entweder für jede einzelne Zahlung die Clausel beizufügen, oder im Allgemeinen zu sagen, daß wegen sämtlicher Zahlungen, und bei einem Pachtvertrage wegen sämtlicher stipulirten Pachttermingeldern sich dem Wechselrechte unterwerfen oder bei Wechselhaft Zahlung versprochen werde. Ist dies nicht geschehen und bei irgend einer einzelnen Zahlung die Clausel weggelassen, so kann kein Richter darauf die Wechselhaft verfügen, indem sie dann offenbar für diese einzelne Zahlung nicht stipulirt ist. Wenn aber in einem Contracte, wo mehrere Zahlungen versprochen sind, die in §. 3 genehmigte ganz allgemeine Clausel gebraucht ist, daß der ganze Contract als Wechsel gelten solle, so glaube ich, wird es keinen Richter geben, der nicht eintretenden Falles wegen jeder einzelnen im Contract versprochenen Zahlung die Wechselhaft verfügen würde. Unter diesen Umständen glaube ich, daß eine speciellere Anweisung für den Richter im Gesetze nicht nothwendig ist; man kann eine weitere Erklärung nicht füglich geben, wenigstens nicht in der Art, daß sie so allgemein gehalten wird, wie zuletzt vorgeschlagen wurde. Wünschte die Kammer, daß für die allgemeinste Form der Wechselclausel, nämlich wo gesagt wird, daß der ganze Contract als Wechsel gelten solle, eine Beschränkung ausgesprochen werde, so wäre dies ein Gegenstand, der noch einer besondern Berathung und Redaction unterliegen möchte, und dann würde ich vorziehen, daß die Kammer den Paragraphen zur nochmaligen Berathung an die Deputation zurückgäbe. Es würde dann zugleich mit berathen werden, in wie fern der §. 6 des Entwurfs hierauf noch von Einfluß sein kann. Ich meines Orts bin darüber völlig entschieden und glaube, es bedarf dessen nicht; allein es könnte möglich sein, daß es die Kammer wünschte. §. 6 des Entwurfs kann übrigens nimmermehr aufgenommen werden, denn er spricht von „verschiedenartigen Leistungen“, und das ist etwas ganz Anderes, als „mehrere Zahlungen“. Nachdem die Kammer einmal beschlossen hat, daß auf andere Leistungen als Geldzahlungen nach Wechselrecht nicht verfahren werden solle, so können Schwierigkeiten der in §. 6 gedachten Art bei Anwendung des Gesetzes gar nicht eintreten. Ich wiederhole daher, nach meiner Ansicht hat man entweder von weitem Vorschlägen gänzlich abzusehen, oder

wenn die Kammer glaubt, daß noch etwas geschehen müsse, den fraglichen Gegenstand der Deputation nochmals zur Erwägung zurückzugeben.

Abg. Georgi: Ich muß mich für die Ansichten des letzten Sprechers verwenden. Ich glaube allerdings, was der geehrte Herr Referent vorgeschlagen hat, möchte theils nicht nöthig sein, theils wohl auch zu weit gehen. Sollte sich aber bei der endlichen Redaction noch irgend eine kleine Lücke finden, die nicht im ausdrücklichen Widerspruche mit den Kammerbeschlüssen stünde, so würde es in dem Befugnisse der Redactionsdeputation, den gefaßten Beschlüssen gemäß, stehen, diese Lücke auszugleichen. Ich glaube deshalb nicht, daß jetzt ein weiterer Beschluß deshalb erforderlich sein möchte.

Referent Abg. D. Haase: Ich will nunmehr meinen Vorschlag zurückziehen, da ich an und für sich der nämlichen Meinung bin, welche der letzte Redner ausgesprochen hat, und im Ganzen nur den Vorschlag machte, um hierüber eine Vereinigung sofort herbeizuführen. Uebrigens, wenn es nöthig sein würde, hierüber noch etwas im Gesetze hinzuzufügen, so kann dies auch dadurch geschehen, daß die erste Kammer bei ihrer Berathung einen solchen Satz aufnimmt, oder die Sache der Redaction anheimgegeben wird.

Staatsminister v. Rönnert: Ich wollte hierbei nur erwähnen, daß, wenn sonach künftig etwas auf die Redaction gewiesen wird, dies nunmehr nur in dem Sinne der Kammer geschehen könnte, in welchem §. 6 abgelehnt ist, daß also, wenn die Wechselclausel dem ganzen Contracte beigelegt ist, sie auf alle gegenseitige eventuelle kleine Leistungen anzuwenden sein wird.

Referent Abg. D. Haase: Ich bin damit einverstanden.

§. 12.

Die Unterwerfung unter den Schuldarrest kann in der Regel nur von Mannspersonen, welche das 25. Jahr des Alters erfüllt haben, geschehen. Weibspersonen und diejenigen Mannspersonen, welche das 25. Jahr des Alters noch nicht erfüllt, können Verpflichtungen bei Schuldarrest nur eingehen, wenn sie als wechselfähig zu achten sind. Die Bestimmungen der Const. 21 Part. II. werden hiermit durchgehend aufgehoben.

Die Deputation sagt:

Wenn in der Wechselordnung (§. 257) über die Wechselfähigkeit Bestimmungen getroffen worden sind, d. i. über die Befähigung, wechselfähige Rechtsverhältnisse einzugehen, so ist hier von der Wechselarrestfähigkeit die Rede, und zu bestimmen, gegen welche Personen der Wechselarrest verfügt werden kann. Denn wenn schon die Wechselarrestfähigkeit jederzeit mit der Wechselfähigkeit verbunden sein muß, so ist doch nicht Jeder, welcher wechselfähig ist, dem Wechselarrest unterworfen.

Nach den Beschlüssen der Kammern bei §. 257 der Wechselordnung würde nun statt des §. 12 des Gesetzentwurfs in Bezug auf die Wechselarrestfähigkeit (welche man auch mit dem Ausdrucke: „passive Wechselfähigkeit“ bezeichnen könnte) folgende Bestimmung in das Gesetz (als §. 6) aufzunehmen sein:

„Die Wechselhaft kann in der Regel nur an mündigen und dispositionsfähigen Personen vollstreckt werden.“